

Soziales und Politik

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Sonos / Schweizerischer Verband für Gehörlosen- und Hörgeschädigten-Organisationen**

Band (Jahr): **103 (2009)**

Heft 6

PDF erstellt am: **12.07.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Soziales und Politik

Hörgeräte: Wende bei Couchepin

Text: Sonntag vom 10. Mai 2009

Hörgeräte sind in der Schweiz drei- bis fünfmal teurer als im Ausland. Deshalb wollte der Bund unter der Federführung von Pascal Couchepins Innendepartement einen Systemwechsel einleiten: Neu hätte die Verwaltung jährlich die rund 70'000 Hörgeräte bei drei oder vier Herstellern einkaufen und über ein eigenes Logistikzentrum an die Akustiker verteilen sollen. Die Branche rebellierte, ging vors Bundesverwaltungsgericht – und konnte den Bund vorerst stoppen. Am Systemwechsel hielt das zuständige Bundesamt für Sozialversicherungen (BSV) aber bislang fest.

Doch nun ist offenbar auch der Bundesrat nicht mehr überzeugt von der Idee einer staatlichen Hörgeräteverteilung. Das geht aus der Antwort der Landesregierung auf eine Motion von Hannes Germann hervor. Der SVP-Ständerat verlangt in seinem Vorstoss, dass der Bundesrat „die Voraussetzungen für einen marktwirtschaftlichen Wettbewerb der Anbieter um die Endkunden“ schaffen solle. So könnten die Kunden von besseren Geräten und tieferen Preisen profitieren, was wiederum die Sozialversicherungen entlaste. Der Bundesrat beantragt die Annahme der Motion, eine Begründung dazu liefert er nicht.

Die Branche reagiert erleichtert: „Wir sind erfreut, dass der Bundesrat Abstand nimmt von Staatseinkäufen“, sagt Dominik Feusi, Sprecher der Hörgerätebranche. Im Departement Couchepin spricht man aber nicht von einer Kehrtwende. „Wir wollen mehr Wettbewerb“, sagt Sprecher Jean-Marc Crevoisier. Wenn der Staat den Hörgerätekauf ausschreibe, so fördere dies den Wettbewerb.

Bildung statt Arbeitslosigkeit

Text: NZZ vom 30. April 2009

Jugendliche sollen möglichst in Angebote der Berufs- und Weiterbildung geführt statt von der Arbeitslosenversicherung unter-

halten werden. Der Nationalrat fordert zudem Massnahmen gegen die Diskriminierung von Bewerbern bei der Lehrstellen- und Arbeitssuche.

Der Nationalrat hat am 29. April 2009 die Behandlung einer langen Liste von Vorstössen zur Berufsbildung zu einer Aussprache über die Jugendarbeitslosigkeit genutzt. Es bestand Einigkeit, dass der Anstieg der Jugendarbeitslosigkeit in der momentanen Wirtschaftskrise nicht tatenlos hingenommen werden darf. Während die SP Forderungen von staatlichen Basislehrjahren bis zu einer Weiterbildungsoffensive erhob, warnten FDP- und SVP-Vertreter indes vor Aktivismus und vor der Verschulung der Berufsbildung. Und Kathy Riklin (CVP, Zürich) fragte, ob der Bund nicht besser die neue zweijährige Ausbildung mit Attest stärker fördern würde als die aus der Arbeitslosenversicherung subventionierten maximal sechsmonatigen Praktika.

Kampagne gegen Diskriminierung

Angenommen wurde am Ende mit 118 zu 50 Stimmen einzig eine Motion von Ida Glanzmann (CVP, Luzern), die eine Kampagne gegen Diskriminierung bei der Lehrstellen- und Arbeitssuche fordert. Die Entscheidungsträger sollen sensibilisiert werden, damit sie Bewerbern unabhängig von der Herkunft gleiche Chancen gewähren. Die Motionärin verwies auf Studienergebnisse, wonach namentlich Jugendliche mit balkanischer oder türkischer Herkunft oft nur schon aufgrund des Namens unberücksichtigt bleiben. Der Vorstoss wurde von der SVP bekämpft; der Bundesrat war damit einverstanden und verwies auf bereits angelaufene Bemühungen.

Weiteres mit drittem Konjunkturpaket

Ineichen trat Behauptungen entgegen, die Unternehmen nähmen ihre Verantwortung nicht wahr. Eine neue Umfrage habe ergeben, dass 80 Prozent auch in der jetzigen Lage Lehrabgänger weiter beschäftigen wollten. Leuthard bestätigte weiter, dass der Bundesrat in den Vorarbeiten an einem allfälligen dritten Konjunkturpaket insbesondere Massnahmen gegen die Jugendarbeitslosigkeit prüfe. Und sie räumte Probleme bei der Diplomanerkennung und der internationalen Vergleichbarkeit der schweizerischen dualen Berufsbildung ein, die zu Verzerrungen bei den Löhnen (zum Beispiel Konkurrenzierung schweizerischer Arbeitnehmer durch tiefer eingestufte Grenzgänger) führen können. Auch daran werde gearbeitet.

“In Kürze”

Krankenkassen sollen Hörgeräte bezahlen

Hörgeräte sollen künftig von den Krankenkassen und nicht mehr von der IV bezahlt werden. Der Nationalrat nahm am 30. April 2009 eine entsprechende parlamentarische Initiative von Reto Wehrli (CVP, SZ) mit 104 zu 59 Stimmen an. Laut Wehrli sind die Sparreize bei der Versorgung mit Hörgeräten in der IV zu klein. Eine Übertragung des Bereichs ins Krankenversicherungsgesetz, wo das Wirtschaftlichkeitsprinzip gelte, würde deshalb die Kosten senken.

Rund 200 Anfragen an Ombudsstelle für Hörprobleme

Die Ombudsstelle für Hörprobleme hat im Jahr 2008 185 Fälle bearbeitet. Rund 90 telefonische Anfragen hätten formlos und rasch erledigt werden können, teilte die Medienstelle „hörenschiweiz“ anfangs Mai 2009 mit. Von den 95 bearbeiteten Dossiers betrafen rund die Hälfte die Sozialversicherungen. Die kostenlose Ombudsstelle für Hörprobleme richtet sich an die über 700'000 hörbehinderten Menschen in der Schweiz. 160'000 von diesen Tragen ein Hörgerät.

Assistenzbudget

Im Herbst 2008 hatte der Bundesrat das Bundesamt für Sozialversicherung (BSV) beauftragt, eine Gesetzesvorlage zur Einführung eines Assistenzbeitrags auszuarbeiten. Das Projekt Assistenzbeitrag soll demnach ins Bundesgesetz über die Invalidenversicherung eingefügt werden und gegen Ende des ersten Halbjahres 2009 in die Vernehmlassung geschickt werden. Mit der vorgeschlagenen Regelung hätte jedoch nur eine Minderheit von Menschen mit Behinderung Anrecht auf einen Assistenzbeitrag. Dies veranlasste Ständerat Claude Hêche zu einem Postulat, in welchem der Bundesrat aufgefordert wird, die grundlegenden Kriterien nochmals zu prüfen und sämtliche Erfahrungen aus dem Pilotversuch Assistenzbudget in die Vernehmlassung einzubeziehen. Das Postulat wurde vom Ständerat im März 2009 überwiesen.

(Postulattext und erste Reaktion des Bundesrates: www.parlament.ch/d/dokumentation/curia-vista, Suche mit Geschäfts-Nr. 08.3933)